

## Pressemitteilung der Offenen Bürgerliste Wachau

# Wachauer CDU zu keinem Kompromiss bereit

Die Wachauer CDU-Gemeinderäte stimmten auf der letzten Gemeinderatssitzung gegen die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens und gegen einen Kompromissvorschlag der Offenen Bürgerliste, der einen erneuten Bürgerentscheid zum Ersatzbrennstoffheizkraftwerk von Müller-Milch ermöglichen sollte.

Man klammerte sich bei dieser Entscheidung an eine juristisch äußerst zweifelhafte Stellungnahme des Landratsamtes Kamenz. In dieser Stellungnahme wird behauptet, das Bürgerbegehren richte sich gegen den Aufstellungsbeschluss des Gemeinderates vom September vergangenen Jahres, obwohl das aus der Formulierung der Fragestellung keinesfalls hervorgeht. Demnach sei das Bürgerbegehren zwei Tage zu spät eingereicht worden, denn die Frist hätte mit der Beschlussfassung zu laufen begonnen und nicht wie allgemein üblich und mehrfach durch vergleichende Urteile belegt mit dem Datum der Bekanntmachung. Die Wachauer CDU versteckt sich also hinter dem für seine einschlägigen Stellungnahmen bekannten Landratsamt, nur um den Bürgern ihr demokratisches Mitbestimmungsrecht bei

dieser so bedeutenden Entscheidung zu verwehren. Die Offene Bürgerliste unterbreitete den Kompromissvorschlag, die Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens noch einmal zu vertagen, um den Bürgern und der Firma Müller noch mehr Zeit zu geben, sich in die Planung einzubringen, um am Ende der Planung im Juni gemeinsam mit der Bürgermeisterwahl über das Vorhaben abzustimmen. Dieser Vorschlag wurde von fast allen CDU-Gemeinderäten mit der Erklärung abgelehnt, es könne ja gegen den Beschluss geklagt werden. Wem dient diese starre Haltung, die dem Bürger die Kompetenz abspricht, in dieser wichtigen Angelegenheit selbst mit zu entscheiden? Wir glauben, sie dient keinem, denn nur ein erneuter Bürgerentscheid hätte den Rechtsfrieden wieder herstellen können. So wird eine weitere Klagewelle provoziert, obwohl die letzte noch gar nicht beendet ist. Diese Haltung führt zu wachsendem Unmut und zu Politikverdrossenheit bei den Bürgern und sie dient letztlich auch nicht dem Vorhaben der Firma Müller, da so keine Planungssicherheit hergestellt werden kann.